

Protokoll
zur 97. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)

Sitzungstag:	Beginn:	Ende:	Sitzungsort:
4. Juni 2021	9:30 Uhr	12:40 Uhr	Onlinesitzung
Teilnehmende:			
s. Anlage 1			

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Prof. Dr. Rabea Diekmann begrüßt die Anwesenden in ihrer neuen Funktion als Vorsitzende des Ausschusses. Sie gibt technische Hinweise zur Sitzung.

Sie informiert, dass die Unterausschüsse 1 und 2 in ihrer konstituierenden Sitzung jeweils einen Vorsitz gewählt hätten. Im Unterausschuss 3 sei die Wahl des Vorsitzes auf die nächste Sitzung verschoben worden. Philipp Leiser übernehme daher heute den Sachstandsbericht zum Unterausschuss 3.

Prof. Dr. Rabea Diekmann berichtet weiterhin, dass der LAWB für die Akteursgruppe „Bildung und Weiterbildung“ zwei Personen für die neue Amtsperiode des Bremer Rats für Integration vorgeschlagen habe: Rosi Leinfelder als Mitglied und Katja Fritsche (Mitarbeiter:in der Bremer Volkshochschule) als stellvertretendes Mitglied.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Abstimmung des Protokolls der 96. Sitzung vom 5. März 2021

Rosi Leinfelder bittet darum, dass der erste Absatz auf Seite 4 wie folgt geändert wird: „Frau Leinfelder berichtet, dass Integrationskurse und Berufssprachkurse weiterhin stattfinden dürfen. Die Entscheidung einer Durchführung obläge den Trägern und würde unterschiedlich gehandhabt. An Kursorten, wo Kurse weiterliefen, wären durch die Abstandsregeln dringend zusätzliche Räume (z.B. für Unterricht in zwei Räumen) notwendig. Dadurch sei ein z.T. nachbarschaftliches Nebeneinander von geschlossenen Einrichtungen und Einrichtungen mit laufendem Betrieb und dringendem Raumbedarf entstanden. Für die Teilnehmenden und Lehrkräfte der Integrations- und Berufssprachkurse führe das zu vielen Fragen.“

Hinweis: Der Textvorschlag wurde von Rosi Leinfelder im Nachgang zur Sitzung per E-Mail zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Das Protokoll wird mit dieser Änderung bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 3 Berichte der Vorsitzenden und der Unterausschüsse sowie kurzer Sachstand zur gemeinsamen AG der Unterausschüsse „Qualitätssicherung bzw. –verbesserung bei Online-Formaten“

Prof. Dr. Rabea Diekmann informiert, dass der erweiterte Vorsitz im Namen des LAWB im April ein Schreiben an Bürgermeister Dr. Andreas Boveschulte gerichtet und auf die problematische Situation der Weiterbildung hingewiesen habe. Sie erklärt auf Nachfrage, dass zu diesem Schreiben keine Antwort vorliege. Da die Problemanzeige inzwischen überholt sei, wolle man auch nicht noch einmal nachhaken.

Dieter Niermann ergänzt, dass in dem Schreiben an den Bürgermeister auch das Thema „Impfen von Beschäftigten der Weiterbildungseinrichtungen“ aufgegriffen worden sei. Mittlerweile habe man eine pragmatische Lösung gefunden und die nach dem Bremischen Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungseinrichtungen hätten die benötigte Anzahl an Impfcodes erhalten. Zum Unterausschuss 1 „Förderungsausschuss“ berichtet er, dass die konstituierende Sitzung am 26. März 2021 stattgefunden habe und er als Vorsitz gewählt worden sei. Für die gemeinsame Arbeitsgruppe der Unterausschüsse „Qualitätssicherung bzw. –verbesserung bei Online-Formaten“ habe der Unterausschuss 1 Jan Meyer (IT Bildungshaus) benannt. Im Rahmen der Sitzung sei das Arbeitsprogramm beraten worden. Weiterhin seien die Sonderförderprogramme „Politische Bildung für Geflüchtete“ und „Neue Formate in der Weiterbildung“ in Kleingruppen ausgewertet und die Ergebnisse vorgestellt worden. Zur Arbeitsweise des Unterausschusses wurde vereinbart, auch künftig in Kleingruppen Themen vorzubereiten.

Sven Elson weist darauf hin, dass sich bei der Diskussion um die Impfung von Beschäftigten der Weiterbildungseinrichtungen gezeigt habe, dass die Weiterbildung in Bremen keinen eigenen Status habe.

Dieter Niermann stimmt zu, dass die Weiterbildung einen eigenen Status haben müsse. Dies sei durch die Bundesnotbremse deutlich geworden. Beim Umgang mit dem Impfen sei nicht nur der Status der Beschäftigten, sondern auch der der Teilnehmenden unklar gewesen.

Sabine Kettler spricht sich dafür aus, den Status der Weiterbildung zu verbessern.

Jens Tanneberg macht darauf aufmerksam, dass es aus seiner Sicht eine Ungleichbehandlung der Weiterbildungseinrichtungen gebe. So seien die Beschäftigten der Volkshochschule bei der Impfung vorrangig berücksichtigt worden. Hier habe er sich Unterstützung seitens der Senatorin für Kinder und Bildung gewünscht.

Ina Mausolf stellt dar, dass die Senatorin für Kinder und Bildung keine allgemeine Zuständigkeit für Weiterbildungseinrichtungen habe. Die Zuständigkeit liege bei verschiedenen Ressorts, die jeweils unterschiedliche Interessen hätten. Um die Weiterbildung insgesamt zu positionieren, müsse der LAWB agieren.

Susanne Kühn schildert, dass sich der Unterausschuss 2 zur Sicherung der Qualität in der Weiterbildung am 19. März 2021 konstituiert habe. Gudrun Schemel sei zur:zum Vorsitzenden gewählt worden. Da Gudrun Schemel heute verhindert sei, übernehme sie den Bericht. In der Sitzung sei das Arbeitsprogramm verabschiedet worden. Schwerpunkt bleibe die Überarbeitung des Qualitätsleitfadens, insbesondere die Erstellung der neuen Äquivalenzregelungen. Die nächste Sitzung finde am 18. Juni 2021 statt. Zur Teilnahme an der übergreifenden Arbeitsgruppe hätten sich Frauke Felix (Paritätisches Bildungswerk) und Julian Huismann (Institut für Berufs- und Sozialpädagogik) bereit erklärt.

Philipp Leiser informiert, dass die konstituierende Sitzung des Unterausschusses 3 am 16. April 2021 stattgefunden habe. Die Wahl des Vorsitzes sei auf die nächste Sitzung am 25. Juni 2021 vertagt worden. Das Arbeitsprogramm sei beraten worden. Dabei seien Themen erweitert worden und man habe eine Priorisierung vorgenommen. Zunächst wolle sich der Unterausschuss dem Thema „Digitalisierung“ widmen. Dazu habe man für die nächste Sitzung zwei externe Referent:innen gewinnen können. Für die Mitarbeit an der Arbeitsgruppe der drei Unterausschüsse benennt der Unterausschuss 3 Dr. Thomas Gebel (wisoak) und Claudia Koring (Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa).

Angela Acerra führt etwas zum Hintergrund der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung bzw. –verbesserung bei Online-Formaten“ aus. Die drei Unterausschüsse hätten unterschiedliche Beweggründe, dieses Thema zu bearbeiten. Der Unterausschuss 1 betrachte z. B. die Förderfähigkeit der Angebote, während der Unterausschuss 2 auf die Qualität schaue und der Unterausschuss 3 Grundsatzfragen und Innovationen behandle. Deshalb sei es sinnvoll, eine Arbeitsgruppe aus Expert:innen aller drei Unterausschüsse zu gründen. Begleitet werde die Arbeitsgruppe von Angela Acerra, Susanne Kühn und Philipp Leiser. Zudem habe man Britta Düsterhoff von der Stabsstelle Digitalisierung der Senatorin für Kinder und Bildung als Expert:in gewinnen können. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe sei für den 8. Juli 2021 geplant.

TOP 4 Anerkennung von Einrichtungen nach dem WBG

Hier: Wiederholungsgutachten für die Akademie des Handwerks (Vorlage L 297/21)

Sabine Ebeling stellt die Vorlage kurz vor.

Michael Noetzelmann ergänzt, dass die Akademie des Handwerks hauptsächlich Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung durchführe. Er bedankt sich bei Sabine Ebeling für die Unterstützung während des Anerkennungsverfahrens.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, der Akademie des Handwerks die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere drei Jahre auszusprechen.

**Hier: Wiederholungsgutachten für das Bildungswerk des Sports im Land Bremen
(Vorlage L 298/21)**

Sabine Ebeling führt auch hier kurz in die Vorlage ein.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig, dem Bildungswerk des Sports im Land Bremen die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere drei Jahre auszusprechen.

Hinweis: Den Vorlagen L 297/21 und L 298/21 wurde im Umlaufverfahren zugestimmt (Versand mit E-Mail vom 8. Juni 2021, Rückmeldefrist: 11. Juni 2021).

TOP 5 Sachstandsbericht zu den ESF-Förderschwerpunkten in der Weiterbildung im Land Bremen ab 2021

Thorsten Kühn stellt den Sachstand zu den Förderschwerpunkten in der Weiterbildung im Land Bremen im ESF+-Programm ab 2021 dar (s. Anlage 2).

Dieter Niermann erkundigt sich nach den Ausschreibungsverfahren und der Zusammensetzung der Gruppen, die die Anträge bewerten.

Thorsten Kühn erklärt, dass die Zusammensetzung der Gruppen abhängig von der Thematik sei. Die Zusammensetzung der Gruppen könne aber öffentlich zugänglich gemacht und gemeinsam mit dem jeweiligen Bewertungsraster veröffentlicht werden.

TOP 6 Kurzes Blitzlicht: Situation der Weiterbildung in der Corona-Pandemie

Prof. Dr. Rabea Diekmann greift noch einmal die Impfung der Lehrenden in der Erwachsenenbildung auf.

Dieter Niermann berichtet, dass es letztlich nur durch einen persönlichen Kontakt zum Impfzentrum gelungen sei, den Lehrkräften der Erwachsenenbildung ein frühes Impfangebot zu unterbreiten. Die Volkshochschulen seien als kommunale Bildungseinrichtungen bereits vorab berücksichtigt worden.

Susanne Nolte erläutert, dass die Volkshochschulen kommunale Einrichtung und die Lehrkräfte damit über das Impfprogramm des öffentlichen Dienstes berücksichtigt worden seien.

Rosi Leinfelder fügt hinzu, dass die Priorisierung nicht immer und für jeden verständlich sei. Zwar sei es gelungen, die Lehrkräfte der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen nun kurzfristig zu impfen, nicht anerkannte Weiterbildungseinrichtungen hätten diese Möglichkeit aber nicht erhalten. Dies sei ein strukturelles Problem der Weiterbildung insgesamt.

Sabine Kettler schildert, dass die Bundesbeschäftigten der Agentur für Arbeit aufgrund fehlender Zuständigkeit zunächst nicht kommunal geimpft werden konnten, sondern nur zentral. Mitarbeiter:innen des Jobcenters als kommunal Beschäftigte hätten hingegen ein Impfangebot vor Ort erhalten. Erst nach Rücksprache mit dem Krisenstab und dem Gesundheitsressort sei diese Möglichkeit auch den Beschäftigten der Agentur für Arbeit eingeräumt worden.

Ina Mausolf führt aus, dass es ein allgemein gültiges Problem sei, wer wann zu welchem Zeitpunkt geimpft werde. Die Senatorin für Kinder und Bildung habe über den Krisenstab versucht, eine Lösung für Lehrkräfte und Beschäftigte aller Weiterbildungseinrichtungen zu erreichen, was aber leider nicht gelungen sei. Dabei habe sich gezeigt, dass Anstrengungen, die Weiterbildung stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, sehr sinnvoll seien. Dies sei z. B. über die Teilnahme der Deputierten an den Sitzungen des LAWB, aber auch über einen regelmäßigen Austausch mit dem VaDiB denkbar, um mehr Transparenz zu schaffen.

Dieter Niermann informiert auf Nachfrage von Prof. Dr. Rabea Diekmann, dass die Einrichtungen auch mit Blick auf die entstehenden Kosten sehr unterschiedlich mit den Testungen umgingen.

Marita Ronge ergänzt, dass die nicht anerkannten Weiterbildungseinrichtungen erst in dieser Woche ihre Impfcodes erhalten hätten. Sie macht darauf aufmerksam, dass ihre Einrichtung hauptsächlich Maßnahmen nach SGB II und III durchführe. Die verpflichtende Testung der Teilnehmenden führe zu erhöhtem Aufwand und hohen Kosten für die Einrichtung.

Sabine Kettler weist darauf hin, dass für die Kostenübernahme der Testungen von Teilnehmenden arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen evtl. eine Lösung im Gespräch mit der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit vor Ort gefunden werden könne. Wenn dies nicht erfolgreich sei, sei es in einem nächsten Schritt möglich, das Gespräch mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zu suchen. Sie stelle gern den Kontakt her. Alternativ sei möglich, dass der LAWB hier tätig werde.

Michael Noetzelmann informiert, dass in einigen Fällen, z. B. bei der Durchführung der ausbildungsbegleitenden Hilfen, eine Kostenerstattung möglich sei. In den meisten Fällen hätten die Einrichtungen die Kosten für die Testungen aber selbst tragen müssen. Der LAWB solle sich hier für eine Kostenübernahme einsetzen.

Prof. Dr. Rabea Diekmann berichtet, dass in dem Brief an den Bürgermeister der Wunsch nach Kostenübernahme für Testungen enthalten sei.

Jens Rigterink fügt hinzu, dass den Einrichtungen noch weitere erhöhte Kosten entstehen würden, z. B. durch die Einhaltung der Hygienestandards. Hierfür sei ebenfalls eine Kostenübernahme wünschenswert.

Dieter Niermann schildert, dass es für die durch die Pandemie entstandenen Mehrkosten im letzten Jahr eine Erstattung gegeben habe. Er erkundigt sich, ob es eine Chance auf erneute Corona-Hilfen gebe.

Ina Mausolf erläutert, das Verfahren zur Verteilung für dieses Jahr befinde sich noch in Klärung, derzeit sehe es aber eher nicht danach aus.

Ronald Gotthelf regt an, bei der Frage der Kostenübernahme nicht nur mit dem Bürgermeister in Kontakt zu treten, sondern auch das Gespräch auf anderen Ebenen zu suchen, z. B. mit Bundestagsabgeordneten oder den zuständigen Bundesministerien. Er schlägt zudem vor, neben der Förderung von Personalkosten auch Pauschalen für z. B. Hygienestandards in die Verordnung aufzunehmen.

Ina Mausolf sagt zu, dies zu prüfen. Sie sehe allerdings spontan keine Möglichkeit dafür, solche Instrumente in die allgemein gültige Verordnung aufzunehmen.

TOP 7 Plenumsdiskussion: Gestaltung des LAWB und zukünftige Themen

Prof. Dr. Rabea Diekmann erläutert, dass man gemeinsam mit dem LAWB über die künftige Ausrichtung des Ausschusses und relevante Themen beraten wolle. Dafür solle ein Tool genutzt werden, in das jetzt jeder im Rahmen der Sitzung anonym seine Vorschläge einbringen könne. Die Übersicht der gesammelten Themen und Anregungen zur Ausgestaltung der Sitzungen werde dem Protokoll beigelegt (s. Anlage 3). Für die nächste Sitzung schlägt sie vor, noch einmal in Kleingruppen in die Diskussion zu gehen und sich weiter zu den künftigen Planungen zu beraten.

Sabine Kettler weist darauf hin, dass der Bericht der Regionaldirektion auf Wunsch des LAWB als regelmäßiger TOP auf die Tagesordnung aufgenommen wurde. Sie sei aber damit einverstanden, wenn dies künftig nur noch bei Bedarf aufgerufen werde.

TOP 8 Bundespolitisches – Bericht der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

Sabine Kettler schlägt vor, jemanden aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung einzuladen, um sich einmal aus erster Hand berichten zu lassen, was in der Digitalisierung bezogen auf die Weiterbildung derzeit vorangetrieben werde. Sie informiert weiterhin, dass die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen für September eine Woche der Weiterbildung plane. Gern würde man dabei mit der Senatorin für Kinder und Bildung und/ oder der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa kooperieren. Auch ein Grußwort wäre wünschenswert.

Ina Mausolf sagt zu, dass man dazu gern mit der Regionaldirektion ins Gespräch kommen wolle und Möglichkeiten der Beteiligung prüfen werde.

Es wird abschließend vereinbart, dass der Bericht der Regionaldirektion auch künftig als kurzes Blitzlicht als regelmäßiger TOP aufgerufen werden soll.

TOP 9 Verschiedenes

Angela Acerra berichtet, dass im Rahmen des Deutschen Weiterbildungstages auf das Recht auf Bildungszeit hingewiesen wurde. Zudem habe das Weiterbildungsreferat der Senatorin für Kinder und Bildung im Mai gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer eine Multiplikator:innen-schulung für Betriebsrät:innen durchgeführt. Die Arbeitnehmerkammer habe bei diesem Termin zudem zu Förderungsmöglichkeiten für Teilnehmende an Weiterbildungsveranstaltungen referiert.

Rosi Leinfelder informiert, dass in der AG „Berufliche Qualifizierung“ des Bremer Rats für Integration zum Thema „Deutsch als Prüfungssprache“ beraten wurde. Der Bremer Rat für Integration fordere hier eine klare Positionierung und habe dazu eine Pressemitteilung formuliert, die dem Protokoll als Anlage beigefügt werden könne (s. Anlage 4).

Weitere Wortbeiträge erfolgen nicht. Prof. Dr. Rabea Diekmann beendet die Sitzung.

Bremen, den 14. Juli 2021

gez.

Prof. Dr. Rabea Diekmann
(Vorsitzende des LAWB)

gez.

Carmen Runge
(Protokollantin)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Präsentation „Weiterbildung im ESF Plus“

Anlage 3: Themensammlung des LAWB

Anlage 4: Pressemitteilung des Bremer Rats für Integration „Unsachgemäße Hürden bei Abschlussprüfungen“

Anwesenheitsliste für die 96. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 4. Juni 2021

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 1	Anerkannte WB-Einrichtungen			
1.		Jens Tanneberg (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e.V. Bremen [DGB/VHS])	<i>anwesend</i>	Petra Simonowsky (Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.)	
2.		Michael Noetzelmann (Akademie des Handwerks e.V.)	<i>anwesend</i>	Gudrun Schemel (ibs – Institut für Berufs- und Sozialpädagogik gGmbH)	<i>entschuldigt</i>
3.		Rosi Leinfelder (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen e.V.)	<i>anwesend</i>	Dominic Bergner (Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH)	<i>anwesend</i>
4.		Angela Weber (Berufsfortbildungswerk – Gemeinnützige Einrichtung des DGB GmbH)	<i>anwesend</i>	Sven Elson (Deutsche Angestellten-Akademie Bremen GmbH)	<i>anwesend</i>
5.		Susanne Nolte (Bremer Volkshochschule)	<i>anwesend</i>	Dieter Niermann (Evangelisches Bildungswerk Bremen)	<i>anwesend</i>
	§ 9 (3) 2	Hochschulen			
6.		Prof. Andreas Klee (Universität Bremen)		Dr. Petra Boxler (Universität Bremen)	<i>anwesend</i>
7.		N.N. (Hochschule für Künste)		Dr. Gabriele Witter (Hochschule Bremen)	
8.		Prof. Dr. Rabea Diekmann (Hochschule Bremerhaven)	<i>anwesend</i>	Dr. Gabriele Witter (Hochschule Bremen)	
	§ 9 (3) 3	Schulen			
9.		Tobias Weigelt (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	<i>entschuldigt</i>	Till Bellmann-Nitz (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	<i>entschuldigt</i>
10.		N.N. (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		Swantje Hüskens (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	<i>anwesend</i>
	§ 9 (3) 4	Betriebliche Weiterbildung			
11.		Claudia Schlebrügge (Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven)	<i>anwesend</i>	Jens Rigterink (Handwerkskammer Bremen)	<i>anwesend</i>
12.		Cora Schwittling (Daimler AG)	<i>anwesend</i>	Jessica Heibült (Arbeitnehmerkammer Bremen)	<i>entschuldigt</i>

Anwesenheitsliste für die 96. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 4. Juni 2021

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 5	Nicht anerkannte WB-Einrichtungen			
13.		Marita Ronge (Förderungsgesellschaft für Bildung mbH)	<i>anwesend</i>	Jan Meyer (IT Bildungshaus)	<i>anwesend</i>
14.		Ronald Gotthelf (Freiberufl. Trainer im Bereich der politischen Erwachsenenbildung)	<i>anwesend</i>	N.N.	
	§ 9 (3) 6	Ressorts			
15.		Heidmarie Mahlmann (Der Senator für Finanzen)	<i>entschuldigt</i>	Volker Hohenkamp (Der Senator für Finanzen)	<i>entschuldigt</i>
16.		Ralf Perplies (Der Senator für Kultur)		Christiane Schrader (Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)	
17.		Dr. Jessica Blings (Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa)		Fred Oehlkers (Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa)	<i>anwesend</i>
18.		Ina Mausolf (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	<i>anwesend</i>	Angela Acerra (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	<i>anwesend</i>
19.		Dr. Beate Porombka (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	<i>anwesend</i>	Kay Kurkowski (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	
	§ 9 (3) 7	Agentur für Arbeit			
20.		Sabine Kettler (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)	<i>anwesend</i>	Frank Hartmann (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)	

Anwesenheitsliste für die 96. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 4. Juni 2021

Weitere Teilnehmer:innen

Name und Institution	Unterschrift
Birgit Bergmann, Fraktion der FDP der Bremischen Bürgerschaft	
Imke Bohlmann, Die Senatorin für Kinder und Bildung	
Sabine Ebeling, Die Senatorin für Kinder und Bildung	
Linus Edwards, Bildungswerk des Sports im Land Bremen	
Sandra Hagemann, Die Senatorin für Kinder und Bildung	
Susanne Kühn, Die Senatorin für Kinder und Bildung	
Thorsten Kühn, Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa	
Philipp Leiser, Die Senatorin für Kinder und Bildung	
Laura Nolte, Die Senatorin für Kinder und Bildung	
Franziska Raab, Arbeitnehmerkammer Bremen	

CHANCEN
SCHAFFEN

CHANCEN
GEBEN

CHANCEN
ZEIGEN

CHANCEN
NUTZEN

CHANCEN
VERTRETEN

CHANCEN
BIETEN

Weiterbildung im ESF Plus

97. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 4. Juni 2021

Thorsten Kühn (SWAE, Leitung ESF-VB)



Rückblick:

Landesarbeitsmarktpolitik und Europäischer Sozialfonds

Herausforderungen:

- Verbesserung der Kooperation der relevanten Akteu*innen
- Weiterentwicklung von thematischen Ansätzen (u.a. Pflege, Erziehung)
- Verbesserte „Zielgruppenerreichung“
- Entwicklung der Angebotsstruktur (Modelle und Konzeptentwicklung)
- bedarfsgerechte Angebote



Übersicht

- 1) ESF Plus in Bremen (2021-2027)
- 2) Das neue Planungs- und Auswahlverfahren
- 3) Die ersten Projekte



ESF Plus: Themen; (verzögerter Start in der EU)

- **Alphabetisierung, Grundbildung und Sprache**
- Förderung von sozialvers. Beschäftigung (inkl. berufsbegl. Qualifizierung)
- Ausbildung / Übergang Schule und Beruf (*zus. Ausbildungsplätze, Unterstützungsangebote*)
- **Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung**
(*Schwerpunkt: an- und ungelernte Menschen*)
- Beratung (*Frauen, alleinerziehende/arbeitslose Menschen, zentral + sozialräumlich*)
- Lokale Angebote / Sozialraumorientierung (*Sozialräume und Quartiere in Bremen*)
- Angebote für weitere Zielgruppen (*bspw. Inhaftierte Menschen und Menschen mit Straffälligenhintergrund: Qualifizierung, Sprache, Beschäftigung, Beratung*)



Das neue partnerschaftliche Planungs- und Auswahlverfahren

1. Workshops mit fachlich zuständigen Akteur*innen (Bedarfe, Aufgaben und Anforderungen); Projektgruppe
2. Ausschreibung (Leistungsbeschreibungen und Bewertungsraster)
3. Veröffentlichung der Ausschreibungen
4. Informationsveranstaltungen für potentielle Bieter*innen
5. Fachliche Bewertungen und Auswahl der eingegangenen Angebote durch die Projektgruppe
6. Begleitung der Umsetzung durch Projektgruppe



Die ersten zentralen Projekte der ESF-Förderperiode 2021-2027

- Agentur für berufliche Weiterbildung
- *Servicestellen für Alphabetisierung und Grundbildung*
- *Koordinationsstelle Sprache*



**BREMEN
BREMERHAVEN**
ZWEI STÄDTE. EIN LAND.



Europäische Union
Investition in Bremens Zukunft
Europäischer Sozialfonds
im Land Bremen

Die Senatorin für Wirtschaft,
Arbeit und Europa



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Agentur für berufliche Weiterbildung (gepl. Start: 01.07.21)

Ziele:

- Alle Menschen sollen sich beruflich weiterqualifizieren können, insbesondere an- und ungelernte Menschen
- Steigerung der Bekanntheit und Verbesserung des Zugangs zu bestehenden Fördermöglichkeiten

Aufgaben:

- Zentrale unabhängige Ansprechpartnerin für alle Belange beruflicher Weiterbildung in den Städten Bremen und Bremerhaven
- Mitarbeit bei der Identifizierung von Förderlücken sowie Entwicklung innovativer Weiterbildungsprojekte
- Durchführung und/oder Koordinierung bestehender sowie neuer Weiterbildungsprogramme und -projekte
- Enge Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteur*innen, Öffentlichkeitsarbeit



Weiteres; aktuell:

KI-Fachkräfte (Aus- und Weiterbildung für Frauen in Digitalbranche); BF

Perspektive Arbeit für Frauen (Umorientierung; Umschulung); BF

Modellprojekt PIA (Erzieher*innen)

Modellprojekt Pflege (niedrigschwelliger Zugang)

.....

Aufstiegsfortbildungsprämie des Landes

AFBG/Meister-Bafög (verbessert)



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!



**BREMEN
BREMERHAVEN**
ZWEI STÄDTE. EIN LAND.



Europäische Union
Investition in Bremens Zukunft
Europäischer Sozialfonds
im Land Bremen

Die Senatorin für Wirtschaft,
Arbeit und Europa



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Koordinationsstelle Sprache *(Start: Jan. 2022)*

Ziele:

- Bestehende Angebote sollen mehr Menschen erreichen (Alle Menschen sollen Deutsch lernen können)
- Schaffung von Übersichtlichkeit und Orientierung;
- Schaffung passgenauer Angebote;
- Anlaufstelle für alle Anliegen der Sprachförderung

Aufgaben:

- Erkennen und Schließen von Förderlücken
- Entwicklung/Abstimmung/Erprobung neuer Angebote
- Fachliche/methodische Unterstützung bei Umsetzung von relevanten Vorhaben
- Auskunft in Angelegenheiten des Sprachförderangebotes
- Vernetzung mit Sprachkursanbieter*innen, Dozierenden etc.
- Kooperation mit relevanten Akteur:innen
- Öffentlichkeitsarbeit



Servicestellen für Alphabetisierung und Grundbildung

(Start: Herbst 2021)

Ziele:

- Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote sollen mehr Menschen erreichen
- Erhöhung der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für das Thema
- Unterstützung bei Schaffung passgenauer Angebote im Quartier

Aufgaben:

- Sensibilisierung von Multiplikator*innen
- Weiterentwicklung von Qualifizierungen für Lehrende
- Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit
- Vernetzung der Akteur*innen
- Entwicklung neuer Ansprache-Wege; Erleichterung des Zugangs zu Angeboten
- Kooperationen mit relevanten Akteur:innen
- Modellprojekte



ESF Plus: Bisheriger Abstimmungsprozess

- Kontinuierliche Abstimmung in ESF-Steuerungsrunde ab 2019
- September 2019: Planungsworkshop
- Kontinuierlicher Bericht über Sachstand u.a. im BGA ab 2019
- Mai 2021: Veranstaltung Fachöffentlichkeit



Themensammlung: Zukünftige Ausgestaltung des LAWB (04.06.2021)

Ausgestaltung der LAWB-Sitzungen:

- ToP zum Bericht der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit: z.B. Neuigkeiten vorab per Mail an den Kreis der LAWB-Mitglieder verteilen, in der Sitzung eher als „Blitzlicht“ in die ToPs aufnehmen.
- Einrichtung übergreifender Arbeitsgruppen zu grundlegenden Themen weiterführen – entsprechend der derzeitigen AG Digitalisierung
- Einbindung der Planungen (ESF, andere Landesförderungen) und Strategien außerhalb originärer WB – unbedingt beibehalten
- Diskussion in Kleingruppen über spezifische Themen ermöglichen (größere Beteiligung möglich ohne dass die Sitzungen ausufern)
- Erfahrungsaustausch der Mitglieder ermöglichen
 - o Austausch zu innovativen Ansätzen in den WB-Einrichtungen (auch in der Rückschau)
 - o Ableitung konkreter Forderungen aus den Erfahrungen

Generell:

- Offener Austausch über aktuelle Themen
- Weniger Berichte
- Debatten fördern

„Themenspeicher“:

- Wie ist Weiterbildung in anderen Bundesländern organisiert: Austausch fördern bzw. Netzwerke bilden
- Netzwerkmanagement in Sachen Weiterbildung
- Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit des LAWB (z.B. Einrichtung einer Bürger:innensprechstunde?)
- Transformation und die Rolle der Weiterbildung
- Weiterbildungsstrategie für das Land Bremen
- Zusammenarbeit mit dem LAB (Landesausschuss für Berufsbildung): Möglich und sinnvoll?
- Thema Nachhaltigkeit:
 - o Bildung für nachhaltige Entwicklung (inhaltlich und institutionell)
 - o Nachhaltigkeitsaspekte bei Veranstaltungen
- Neue WB-Träger:innen (mit großer Wirtschaftskraft) auf dem Bremischen Markt, die sich anerkennen lassen wollen – Strategie?
- Weiterbildung in anderer Trägerschaft („nicht-anerkannt“):
 - o Fokus des LAWB auch auf diese Einrichtungen hin erweitern
 - o Gäste dazu einladen
 - o Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen
- „Weiterbildungsoffensive“ in der Bundespolitik: Zumindest in Sachen beruflicher Bildung anstehend
- Nationale Weiterbildungsstrategie (BMBF): Ggf. auch Einladung eines Vertreters/ einer Vertreterin des BMBF zu Fördermöglichkeiten

Anlage 3

Wünsche an den LAWB:

- Weiterbildung stärken gegenüber Entscheidungsträgern
- Ausweitung der Wahrnehmung der Weiterbildung in Bremen
- Politische Einflussnahme ausbauen
- Staatsrat/ Staatsrätin nur für den Weiterbildungsbereich?
- Sollte der LAWB-Vorsitz ständiger Gast in der Bildungszeit-Deputation sein?